

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)
Action pour une Suisse indépendante et neutre
Azione per una Svizzera indipendente e neutrale

Abrüstung und Sicherheitspolitik

3. Mitgliederversammlung der AUNS
am 29. Mai 1989 in Bern

Die Armee im abrüstungspolitischen Umfeld

Vortrag von **Korpskdt Eugen Lüthy**,
Generalstabschef der schweizerischen Armee

Schweizer Sicherheitspolitik im Umfeld internationaler Abrüstungsbestrebungen

Vortrag von **Prof. Dr. Kurt R. Spillmann**, Leiter der Forschungsstelle
für Sicherheitspolitik und Konfliktanalysen an der ETH Zürich

Ziele und Aufgaben der AUNS

Art. 2 der Statuten

Die AUNS hat insbesondere folgende Ziele und Aufgaben:

- a) Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- b) Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- c) Kampf für eine Aussenpolitik des Bundes, welche die integrale und traditionelle Neutralität respektiert und damit die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes gewährleistet;
- d) Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Art. 3 der Statuten

Die AUNS kann zur Ausübung ihrer Ziele und Aufgaben alle dazu geeigneten Massnahmen ergreifen, insbesondere

- a) Erlass von Stellungnahmen und Resolutionen;
- b) Durchführung oder Unterstützung von Referendums- und Initiativaktionen;
- c) Durchführung von Inseratenkampagnen;
- d) Verbreitung von Informations- und Pressediensten;
- e) Herausgabe von Druckschriften;
- f) Durchführung von Versammlungen und Kundgebungen.

Mitgliederzahl 3400, davon 63 National- und Ständeräte.

Vorstand der AUNS:

Präsident Nationalrat Dr. Chr. Blocher, Vizepräsidenten Nationalrat Dr. P. Eisenring und a. Nationalrat Dr. O. Fischer (gleichzeitig Geschäftsführer).

Ständeräte Dr. M. Affolter, H. Danioth und Dr. J. Schönenberger, Nationalräte J.P. Berger, J.P. Bonny, Frau S. Eppenberger, Dr. H.U. Graf, E. Mühlemann, Dr. Edg. Oehler, a. Ständerat Dr. H. Letsch, a. Nationalräte Dr. F. Hofmann, H. Schalcher und M. Soldini, a. Botschafter A. Parodi, A. Pierroz, dipl. Ing. ETH Conrado A. Surber, Frau Grossrätin A. Walther.

Korpskommandant Eugen Lüthy
Generalstabschef

Unsere Armee im abrüstungspolitischen Umfeld

«Die Geschichte verleiht einem Volk das klare Bewusstsein dafür, dass seine Gegenwart das Erzeugnis der Vergangenheit ist und dass Vergangenheit und Gegenwart zusammen einen Einfluss auf die Zukunft haben». Mit dieser Feststellung leitet Peter Dürrenmatt seine «Schweizer Geschichte» ein und fährt dann fort: «Der Zusammenklang dieser drei verschiedenen, inhaltsschweren Zeitbegriffe macht die Geschichte aus. Unter allen Wesen ist der Mensch allein befähigt, diesen Zusammenhang zu begreifen, seine Gegenwart mit der Vergangenheit in Verbindung zu bringen und zu wissen, dass es eine Zukunft gibt. Der Mensch ist Mensch, weil er nicht in den Tag hineinlebt»...

Heute ist man allerdings oft versucht, an dieser Aussage zu zweifeln, in einer Zeit wie der unsrigen, wo viele Leute – bei der Einschätzung der Bedrohung – subjektive Wahrnehmung und Wirklichkeit nicht mehr auseinanderhalten vermögen, sich in einem irrationalen Gefühl der Sicherheit wiegen. Hier gilt es, vor Illusionen zu warnen.

Sicher ist, dass das sicherheitspolitische und strategische Umfeld der Schweiz heute starken Veränderungen unterworfen ist. Drei Aspekten kommt dabei besondere Bedeutung zu: Den innenpolitischen Umwälzungen in der Sowjetunion und den sich hieraus ergebenden neuen Perspektiven des Ost-Westverhältnisses, den Fortschritten im Bereich der Rüstungskontrolle sowie – keineswegs zuletzt – der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes im Jahre 1992. Grundsätzlich sind diese Bewegungen positiv zu werten. Jede Reduktion der Spannungen zwischen den beiden Militärblöcken in Europa muss im Interesse der Schweiz liegen. Unser Land kann auch von einer stärkeren wirtschaftlichen Integration Europas nur profitieren, sofern diese allerdings nicht auf seine Kosten zustandekommt. Die Entwicklung in unserem Umfeld ist für uns nicht nur bedeutsam, sondern muss uns auch zu einer Überprüfung unserer Sicherheitspolitik zwingen.

Zwei Forderungen sind in diesem Zusammenhang immer wieder zu hören. Die Frage nach der weiteren Notwendigkeit der Armee ist mit der Armeeabschaffungsinitiative offen gestellt.

Nicht weniger ernst zu nehmen ist aber auch die Frage, ob unsere Staatsmaxime der bewaffneten Neutralität nicht aufgegeben – oder zumindest qualifiziert – werden müsse, um eine möglichst starke Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften zu erleichtern, ja einen Beitritt zur EG vorzubereiten. Beide Forderungen verkennen nicht nur die Lehren unserer Geschichte, sondern verkennen auch die wirkliche Lage. Dies wird durch eine etwas genauere Analyse der Entwicklungen in unserem Umfeld klar unterstrichen.

Der Umwälzungsprozess in der UdSSR ist ohne jeden Zweifel von grosser Bedeutung. Längst fällige Reformen werden vom neuen sowjetischen Parteichef heute energisch angepackt. Das Reformprogramm ist aber, gemäss den Bekundungen von Generalsekretär Gorbatschow selbst, erst jetzt in seine kritische Phase eingetreten.

Seine letztlich Zielsetzungen und seine Erfolgchancen bleiben – angesichts der deutlich vorhandenen Widerstände und allein schon aufgrund des ambitionösen Charakters des Unterfangens – durchaus offen. Das Programm wirft auch ebensoviele Fragen auf, wie es beantwortet. Wie kann, zum Beispiel die angestrebte Wirtschaftsreform wirklich von Erfolg gekrönt werden, solange die Preise nicht vom Markt bestimmt, sondern von der Bürokratie künstlich festgelegt werden? Wie weit kann der Demokratisierungsansatz gehen, ohne das Nationalitätenproblem in der UdSSR vollends aufbrechen zu lassen? Wie kann die Unterstützung der breiten Masse der Bevölkerung für die Reformen gewonnen werden, solange diese in den angestrebten Veränderungen mehr Gefahren und Risiken als Chancen sehen? Dies sind mehr als bedeutsame Fragen. Die Sowjetunion wird sie nicht leicht – und schon gar nicht schnell – beantworten können. Rückschläge und Kurswechsel bleiben jederzeit möglich. Dies mahnt zur Zurückhaltung in der Beurteilung.

Klar ist lediglich, dass die Sowjetunion in den nächsten Jahren ihre Energien vornehmlich auf ihre inneren Probleme konzentrieren möchte. Sie sucht daher eine Entkrampfung ihres Verhältnisses zum Westen. Die Bewegung im Bereich der Rüstungskontrolle, der Rückzug aus Afghanistan und die angekündigten Truppenreduktionen in Osteuropa und in der Sowjetunion selbst sind hier klare Signale. Völlig offen ist jedoch, wie weit die UdSSR letztlich zu gehen bereit ist. Sie hat bisher deutlich gemacht, dass sie an ernsthaften Verhandlungen mit dem Westen, von dem sie sich Technologie, Kapital und Management-Erfahrungen erhofft, interessiert ist. Sie hat jedoch bisher ihre militärischen Kernoptionen nicht aufgegeben. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Die Sowjetunion hat angekündigt, dass sie ihre Streitkräfte um insgesamt 500 000 Mann sowie 10 000 Panzer und zahlreiches weiteres militärisches Grossgerät reduzieren will. Dieser Schritt ist nachhaltig zu begrüßen, reduziert er doch die in Europa bestehenden militärischen Ungleichgewichte und erhöht die Chancen der nun anstehenden Verhandlungen über eine Reduktion der konventionellen Rüstung in Europa. Aber auch nach Abschluss dieser Reduktion wird die Sowjetunion allein über mehr Kampfpanzer verfügen als alle Staaten der NATO und alle Verbündeten der UdSSR im Warschauer Pakt zusammen besitzen. Der Schritt deutet an, dass die UdSSR bereit sein könnte, dem Grundsatz nachzuleben, dass derjenige, der stärker gerüstet hat, auch in stärkerem Umfange abrüsten muss. Der Schritt bringt jedoch noch keineswegs die Verwirklichung der vom Bundesrat wiederholt genannten Zielsetzung, in Europa ein stabiles und ausgewogenes Kräftegleichgewicht auf möglichst niedrigem Rüstungsniveau zu schaffen. Soll dieses Ziel erreicht werden, so wird es noch länger, schwieriger und zäher Verhandlungen bedürfen. Auch das qualitative Wettrüsten dauert unvermindert an. Der Friede in Europa ist ein Stück näher gerückt, er ist aber noch keineswegs gesichert.

Solange sich in unserem unmittelbaren strategischen Umfeld Heere der beiden Militärblöcke gegenüberstehen, die Millionen von Mann, Zehntausende von Panzern und Artilleriegeschützen sowie Tausende von Kampfflugzeugen zählen, kann an eine Aufgabe der bewahrenden Komponente unserer Sicherheitspolitik, der Armee, nicht gedacht werden. 1989 ist ein Jahr der weltpolitischen Hoffnung. Es ist aber auch der 50. Jahrestag der Generalmobilmachung von 1939 und der 75. Jahrestag der Generalmobilmachung von 1914. Diese beiden Gedenktage erinnern nur allzu deutlich daran, wie schnell eine potentielle Bedrohung zu einer akuten Bedrohung und tödlichen Gefahr werden kann. Unsere Armee bedroht niemanden, wird von niemandem als Bedrohung empfunden und hat einen defensiven Auftrag. Die struk-

turelle Nichtangriffsfähigkeit, von der heute als Ziel so gerne geredet wird, wurde von ihr bereits seit langem praktisch verwirklicht. Sie schützt aber glaubwürdig und effizient einen strategischen Schlüsselraum im Herzen Europas und schafft damit ein Element der Berechenbarkeit, das nachhaltig zur Stabilität in Europa beiträgt.

Ebenso verfehlt wäre es, wegen der Entwicklung im EG-Raum von unserer Staatsmaxime der immerwährenden bewaffneten Neutralität abzurücken. Der Bundesrat hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ein Beitritt zur EG für ihn nicht in Frage kommen kann. Notwendig ist für ihn vielmehr, die notwendigen Grundvoraussetzungen zu schaffen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zur EG sich weiter positiv entwickeln zu lassen und eine Abschottung der EG gegenüber unserem Lande zu verhindern. Eine Aufgabe der bewaffneten Neutralität würde unser Land diesen Zielsetzungen in keiner Weise näher bringen. Vielmehr würde dieser Schritt gerade jenes Element der Stabilität und Berechenbarkeit zunichte machen, welches unsere Armee und unsere Konzeption der Gesamtverteidigung heute für unsere Nachbarn und die beiden Militärblöcke darstellen. Der Herausforderung, welche der gemeinsame EG-Binnenmarkt darstellt, wird mit wirtschaftspolitischen Massnahmen zu begegnen sein, nicht mit einer Aufgabe der bewährten und international anerkannten Grundlagen unserer Sicherheitspolitik.

Notwendig ist angesichts der Entwicklungen in unserem sicherheitspolitischen Umfeld nicht eine Aufgabe unserer bisherigen Sicherheitspolitik, die sich klar bewährt hat, sondern deren dynamische Weiterentwicklung. Der Bundesrat hat daher, zu recht, immer wieder seinen Willen betont, die aktive, nach aussen ausgreifende Komponente unserer Sicherheitspolitik zu dynamisieren. Er hat dieser Beurteilung auch konkrete Taten folgen lassen.

Die Schweiz hat so zum Beispiel in Zusammenarbeit mit den anderen Neutralen und Nichtgebundenen Europas in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sowie in der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) eine äusserst aktive Rolle gespielt und mit zum bisherigen Erfolg dieser beiden wichtigen Verhandlungsprozesse beigetragen. Leitgedanke unserer Verhandlungsdelegation war dabei die Überzeugung, dass Friede und Freiheit zwei unzertrennliche Werte sind. Wenn die jüngste KSZE-Folgekonferenz in Wien sich auf ein Schlussdokument hat einigen können, das sowohl den Verhandlungen über eine Reduktion der konventionellen Bedrohung in Europa neue Anstösse geben soll als auch die Menschenrechte ein Stück fester verankern wird, so ist dies für uns eine Bestätigung unserer Überzeugung, dass auch der neutrale Kleinstaat wertvolle Beiträge zur Friedenssicherung leisten kann.

Im vergangenen Jahr hat der Bundesrat zudem ein Massnahmepaket verabschiedet, welches den Beitrag der Schweiz zu friedenserhaltenden Aktionen auf weltweiter Basis massiv ausbauen wird. Die Schweiz wird hierzu in noch stärkerem Masse ihre finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen einsetzen. Die Entsendung eines Flugzeuges zugunsten der UNO-Überwachungsorganisation im Golf, die Bereitstellung eines Sanitätskontingents zugunsten der UNO-Mission in Namibia und der Entschluss, ab 1. Januar 1990 den Vereinten Nationen auch schweizerische Militärbeobachter für ihre friedenserhaltenden Aktionen zur Verfügung zu stellen, sind dabei nur die wichtigsten dieser Massnahmen. Die Armee, deren Expertise, Personal und Material derartige Einsätze überhaupt erst möglich macht, trägt diese

neue Aufgabe mit Überzeugung mit. Wir haben zu ihrer Bewältigung eine spezielle Leitstelle für friedenserhaltende Aktionen geschaffen, die sich bewährt.

In die gleiche Richtung zielen aber auch weitere Programme. Genannt seien als Beispiel lediglich die Schaffung eines speziellen Ausbildungsprogrammes für angehende sicherheitspolitische Experten von EMD und EDA, das international einzigartig ist und welches ab kommenden Herbst auch Rüstungskontrollexperten aus den Aussen- und Verteidigungsministerien der anderen europäischen Neutralen sowie aus allen unseren Nachbarstaaten ausbilden wird. Genannt zu werden verdient auch die gemeinsame Ressortforschung von EMD und EDA auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle, die uns wertvolle Erkenntnisse verschafft und graduell weiter ausgebaut werden soll. Heute gibt das EMD tatsächlich mehr Geld pro Jahr für die Ausbildung von sicherheitspolitischen Experten, für wissenschaftliche Konferenzen sowie Forschungsprojekte im Bereich der Rüstungskontrolle und der Sicherheitspolitik aus als irgendeine andere Institution in der Schweiz.

Weitere Schritte werden, im Rahmen des uns Möglichen, auf pragmatischer und nüchterner Basis folgen.

Die internationale Lageentwicklung ist für uns Chance und Herausforderung zugleich. Sie verlangt nicht eine Aufgabe unserer Sicherheitspolitik, sondern gibt uns die Möglichkeit, diese auszuweiten und auszubauen. Die Zahl der sicherheitspolitischen Aufgaben nimmt nicht ab, sondern zu. Unsere Sicherheitspolitik darf nicht auf Illusionen beruhen. Die internationale Lage rechtfertigt weder eine Aufgabe der Landesverteidigung, noch erzwingt sie ein Abrücken von der bewaffneten Neutralität. Unsere Sicherheitspolitik muss aber sehr wohl von Visionen getragen werden. Wir können und werden einen aktiven Beitrag zur weiteren Befriedung unseres Umfeldes leisten. Auch hierzu wird die Armee einen zentralen Beitrag leisten.

Lassen Sie mich im Sinne einer Zusammenfassung festhalten: Wir begrüßen die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Supermächten. Sie hat einen Teil des Druckes auch von uns genommen. Wir halten den Ausbruch eines dritten Weltkrieges auf absehbare Zeit für unwahrscheinlich, aber wir können Gewaltanwendungen strategischen Ausmasses, kriegerische Ereignisse mit Eskalationsgefahr nicht mit Sicherheit ausschliessen. Solange die Friedensrhetorik stärker ist als die entsprechenden Taten, müssen wir zumindest auf eine unsichere Entwicklung gefasst bleiben.

Ohne auf die Entwicklung in der Waffentechnik hier einzugehen, sei festgehalten, dass den angekündigten imposanten einseitigen Streitkräfte-Reduktionen im Ostblock die noch imposanteren verbleibenden Potentiale gegenüberstehen.

Ein zweites: Experten zufolge reduziert sich das Kräfteverhältnis zwischen Warschauerpakt und NATO nach dem wahrscheinlich etwa zwei Jahre dauernden Abbau

- bei den Kampfpanzern von 3,1 auf 2,5:1
- bei den Artilleriesystemen von 3,0 auf 2,4:1
- und bei den Kampfflugzeugen von 2,1 auf 1,9:1

Sicher ein massiver Abbau, aber ebenso sicher nicht ausreichend für ein friedenssicherndes Gleichgewicht.

Ich habe vorhin die Entwicklung als «unsicher» bewertet. Sie bleibt es, solange die folgenden Fragen nicht eindeutig zu beantworten sind.

- Steht fest, dass der tiefgreifende Wandel, der in den meisten ost-europäischen Staaten feststellbar ist, sich ausschliesslich friedlich und von der Schutzmacht unbehelligt vollziehen wird?
- Können wir darauf bauen, dass die zentrifugalen Kräfte im westlichen Bündnis auch auf die Dauer schwächer sind, als die einigende Kraft der NATO?
- Wie sicher wäre ein Europa, in dem eine Reihe neuer Neutraler entstünden, und zwar nicht nur kleinere Staaten wie Ungarn, sondern unter Umständen auch ein bündnisfreies, wiedervereinigtes Deutschland?
- Können die offenen nationalen Fragen, die Überfremdungskonflikte und neuen Migrationsbewegungen, können die sozialen Konflikte und die sich verstärkenden Umweltprobleme wirklich alle gewaltlos geregelt werden?
- Wie werten wir die Anzeichen, dass die sogenannte indirekte Konfliktführung von der Erpressung über Sabotage bis zum Terrorismus in Ausdehnung begriffen ist?
- Sind, um mit dem strategischen Bereich abzuschliessen, Rückfälle in die militärische Konfrontation wirklich völlig ausgeschlossen, auch wenn man in längeren Zeiträumen – sagen wir über das Jahr 2000 und vor allem über die Ära Gorbatschow hinaus – denkt?

Aufgrund des Gesagten ergibt sich für unsere Armee:

Wir werden auch bei der Planung der zukünftigen militärischen Landesverteidigung nicht von erklärten Absichten, die wir nie ganz kennen und die auch wechseln können, sondern von den potentiellen militärischen Möglichkeiten jeder Nation und jedes Bündnisses und von den eventuellen negativen Entwicklungen, in die wir einbezogen werden könnten, auszugehen haben.

Dabei darf sich die Zukunftsplanung nicht darin erschöpfen, dass materielle Details studiert, ältere Flugzeuge durch neuere ersetzt und Geschütze mit grösserer Reichweite beschafft werden. Der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes hat am vergangenen Donnerstag bei der Umriss-Darstellung unserer zukünftigen Armee klar gemacht, dass wir nicht an überholten Dingen festhalten wollen, sondern dass unsere Anstrengungen dahin zielen, zu rationalisieren und gleichzeitig zu dynamisieren. Dass wir 1986, 20 Jahre nach Festlegung der noch heute gültigen Konzeption mit all ihren Besonderheiten, damit begonnen haben, Bestehendes zu überdenken, kann man uns kaum zum Vorwurf machen. Mit dieser Zeitangabe ist auch deutlich gemacht, dass unsere Planung nicht von fremder Abrüstungsrhetorik, sondern von eigenem Überdenken ausgeht. Effizienz- und Effektivitätsprinzip waren für uns Wegweiser. Aufgrund unserer Analyse der Bedrohung, aufgrund der Erkenntnisse aus Übungen der jüngeren Vergangenheit (u.a. Gesamtverteidigungsübung 1988) und davon ausgehend, dass

- der strategische Auftrag der Armee, nämlich
 - Kriegsverhinderung durch Abhaltewirkung
 - Verteidigung des schweizerischen Staatsgebietes von der Grenze weg
 - dem Gegner das Erreichen seiner operativen Ziele verwehren
 - mindestens einen Teil des Staatsgebietes unter Schweizer Hoheit zu behaupten
 - Hilfeleistung an die Zivilbevölkerung
- die Grundkonzeption der Abwehr

- das Milizprinzip
- die allgemeine Wehrpflicht
- die minimale Dienstleistungspflicht von 331 Tagen

als Konstanten unangefochten bleiben, wollen wir gleichviel Sicherheit mit weniger Aufwand in Nebendingen erreichen. Ich kann mir in diesem Kreise ersparen, auf alle jene vom Departementschef erwähnten organisatorischen Massnahmen zu sprechen zu kommen, die berücksichtigen, dass wegen der demographischen Entwicklung die verfügbaren Bestände für die Gesamtverteidigung (Armee, Zivilschutz, Landesversorgung) knapper und dass die Ressourcen an Berufspersonal und Ausbildungsmöglichkeiten zunehmend stagnieren werden. Unsere Medien haben über diese für den einzelnen Armeeinghörigen besonders spektakulären Zielsetzungen ausführlich berichtet. Ich meine damit die Senkung des Wehrpflichtalters auf 42 Jahre, die Reduktion der Anzahl Heeresklassen, die kürzeren, dafür häufigeren jährlichen Dienstleistungen, usw. Militärisch gesehen sind die in den Medien aus verständlichen Gründen etwas zu kurz gekommenen operativen Akzentverschiebungen, die unserer Planung zugrunde liegen, bedeutsamer. Ich möchte sie hier etwas eingehender darstellen, gleichzeitig aber auch den Hinweis vorausschicken, dass diese Akzente noch keine Strukturen der Armee vorzeichnen. Sie lassen eine offene Planung zu, die sich auf ein verändertes Umfeld und auf sich wandelnde Bedrohungsformen anzupassen vermag.

1. Vorsorgliche Massnahmen gegen die indirekte Kriegführung

Der Schutz kriegs- und lebenswichtiger Objekte sowohl aus dem militärischen als auch aus dem zivilen Bereich erfährt eine Ausweitung. Ein **landesweites Bewachungs- und Überwachungsdispositiv** übernimmt diese Aufgabe.

2. Erhöhte Flexibilität der operativen Führung

Zur Durchsetzung unserer operativen Ziele bestehen auf Stufe Armee und Armeekorps **operative Verfügungsgruppen**.

Diese besonders gegliederten Verbände sind zur Schwergewichtsbildung, für Gegenschläge und Gegenangriffe vorgesehen. Dadurch erhält die operative Führung die notwendige Flexibilität, unterstellte Verbände zu verstärken bzw. zu entlasten, verlorene Schlüsselräume zurückzugewinnen, gegnerische Schwächen für eine Entscheidung auszunützen sowie den operativen Zusammenhang zu wahren. Auf Stufe Armee, allenfalls auch auf Stufe Gebirgsarmeeekorps, besteht zudem die **Lufttransportkapazität**, die es erlaubt, Infanterieverbände in Bataillonsstärke rasch in andere Abschnitte zu verlegen.

3. Kapazität für den operativen Feuerkampf

Die operativen Stufen sind in der Lage, den operativen Feuerkampf zu führen, wobei der Beitrag der Flugwaffe redimensioniert ist. Dank technologischer Entwicklung der Munition im Bereich der Minenwerfer, Rohrartillerie und Lenkwaffen gelingt es ihnen, bereits im **Vorfeld** wichtige Ziele zu zerschlagen und Achsen nachhaltig zu unterbrechen. Damit gewinnen sie Tiefe nach vorn, und es werden günstige Voraussetzungen für den Kampf der taktischen Verbände geschaffen. Sekundär dient der operative Feuerkampf dazu, an unserer Landesgrenze, an Nahtstellen der Armeekorps, in schwach belegten Räumen und als Verstärkung nachgeordneter Verbände rasch **massive Feuerschwergewichte** zu bilden. Entsprechend moderne Zielaufklärung, Feuerleitung, Feuermittel und Munition schaffen die **Voraussetzung** dazu.

4. Kräfteverlagerung aus dem Alpenraum ins Mittelland

Die Intensivierung der Kampfführung in den **Operationsräumen der Feldarmeen** verlangt, dass die absehbaren Bestandesrückgänge möglichst aufgefangen werden. Der Bestandesausgleich erfolgt vor allem durch eine entsprechende Reduktion von Verbänden im Gebirgsarmeenkorps. Die operative Schlagkraft des Gebirgsarmeenkorps hingegen wird durch eine erhöhte Mobilität (Luftbeweglichkeit) sowie durch eine wesentlich gesteigerte Feuerkraft verbessert. Dadurch wird auch ein **operatives Zusammenwirken mit den Feldarmeenkorps** ermöglicht.

5. Kampf gegen die gesteigerte Luftbedrohung

Im Kampf gegen die gesteigerte Luftbedrohung muss die Wahrung der Lufthoheit und der Luftverteidigungskapazität primär durch die Flugwaffe sichergestellt werden. Zudem geht es darum, tief und tiefstfliegenden Aggressoren den Waffeneinsatz auf ihre Zielobjekte durch eine gut ausgebaute und moderne Gefechtsfeldfliegerabwehr zu verwehren.

6. Auffangen der verkürzten Vorwarn- und Warnzeiten

Neue Strukturen, Modalitäten und Mittel erlauben es, einer schnell eskalierenden Bedrohung rascher und entschiedener entgegenzutreten durch

- Bereitschaft sowie erste Reaktion am Boden und in der Luft
- Alarmierung, Aufgebot, Mobilmachung, Erstellen der Kampfbereitschaft
- Nachrichtendienst und Führung (elektronische Führungssysteme).

7. Angepasstes operatives Konzept zur Stärkung des Grenzraumes

Das durchwegs starke Gelände im Grenzraum muss besser ausgenützt werden. Durch die erhöhte operative Flexibilität und die Fähigkeit zum operativen Feuerkampf werden die Armee und vor allem die Armeekorps befähigt, **aktiv und nachhaltig** an der Peripherie unseres Landes einzugreifen.

Lassen Sie mich diesen Darlegungen bezüglich Akzentverschiebungen im rein militärischen Bereich noch eines beifügen. Unsere Planung schliesst mit ein, die Möglichkeiten zur Hilfeleistung bei nichtmilitärischen Katastrophenfällen auszubauen und gleichzeitig den militärischen Beitrag an die «ausgreifende Komponente» unserer Sicherheitspolitik sicherzustellen.

Um Missverständnisse auszuschliessen und keine falschen Erwartungen zu wecken, sei schliesslich festgehalten, dass die Realisierung der «Armee 95» in den Ausbauschritten der 90er Jahre erfolgen und zweifellos in all ihren Einzelteilen erst nach 2000 abgeschlossen sein wird.

Der Weg in die Zukunft ist damit für unsere Armee vorgezeichnet. Sie wird ihn gehen können, wenn sie sich auch weiterhin von einer grossen Mehrheit des Volkes unterstützt weiss; von einer Mehrheit, die keine Experimente und Wagnisse wünscht, sondern die Schweiz nach wie vor als bewahrens- und verteidigungswert empfindet. Trotzdem darf gerade in der gegenwärtigen Zeit der Wandel der Wertvorstellungen – wie er sich doch recht vielfach manifestiert – nicht verkannt werden, denn er beeinflusst nicht zuletzt auch die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Armee.

Die Resultate der Volksabstimmungen über Rüstungsreferendum und Rothenthurm-Initiative sprechen hier – trotz aller Beschönigungsversuche – eine nicht zu überhörende Sprache. Die Bedeutung dieser Entwicklung darf nicht unterschätzt werden,

denn gerade eine Milizarmee ist durch Veränderungen in ihrem gesellschaftspolitischen Umfeld besonders stark betroffen.

Ein Wertewandel, der militärische Werte ausschliesst und somit Zweifel an der Existenzberechtigung unserer Armee oder gar Widerstand gegen sie aufkommen lässt, ein solcher Wandel erschüttert eine Milizarmee schneller und stärker als andere Wehrverfassungen.

Denn das Wort des Franzosen Raymond Aron bleibt auch für uns wahr: «Der Kampf für die Freiheit wird nicht auf dem Schlachtfeld gewonnen oder verloren, sondern in Büchern, Zeitungen, in den Massenmedien und im Schulzimmer, sowie in allen öffentlichen Institutionen, wo der Wille frei zu bleiben gefestigt oder geschwächt wird».

So werden alle Anstrengungen in konzeptioneller, organisatorischer, ausbildungsmässiger und materieller Hinsicht zunichte gemacht, wenn es uns nicht gelingt:

- Das **Vertrauen aller Angehörigen der Armee** in das eigene militärische Können, in dasjenige ihrer Vorgesetzten, ihrer Einheit sowie der Armee als Ganzes zu stärken und laufend zu fördern;
- Das **Vertrauen der Bevölkerung** in die Fähigkeit der Armee, zur Kriegsverhinderung wirksam beizutragen, und das Land mitsamt seinen Einwohnern im Kriegsfall wirksam zu verteidigen, zu vertiefen und zu erweitern, und
- Allfällig bestehende **Vertrauenslücken** in diesen beiden Bereichen, soweit sie auf Missverständnissen oder Informationsdefiziten beruhen, mit Priorität zu schliessen.

Um dies zu erreichen sind permanente Anstrengungen erforderlich.

Ich rufe deshalb auch Sie auf, die vertrauensstärkenden Faktoren zu fördern und zu manifestieren:

Zu ihnen gehören eine ganze Reihe, ausser bei besonderen Ereignissen kaum erkennbarer, staatspolitischer Grundüberzeugungen des Schweizer und der Schweizerin.

Erbter Wunsch nach Unabhängigkeit auch gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt, das Bekenntnis zur Schweiz als Willensnation, das ständige Bemühen um nationalen Konsens und die Fähigkeit, selbst mit dem politischen Gegner wieder zusammenzuarbeiten, sobald einmal der Streit abgeklungen ist. All das sind Grundlagen einer Kraft, von der auch die Armee profitiert.

Zu den positiven Faktoren, die es weiter zu fördern gilt, gehören aber auch unsere Traditionen aller Art, die den Sinn für geschichtliche Entwicklungen wachhalten. Im Brauchtum zeigt sich ungebrochene Lebenskraft, im historischen Rückblick mancher Beweis dafür, dass die Schweiz immer dann erfolgreich war, wenn sie ihren Selbstbehauptungswillen mit politischer Vernunft gepaart hat.

Dieses Jahr wird die Armee – unter dem Stichwort «Diamant» – der Mobilmachung vor 50 Jahren gedenken und an die Leistungen all derer erinnern, die dazu beigetragen haben, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg unversehrt blieb. Dieser Beitrag war gross, auch wenn andere Faktoren ebenfalls mitspielten. Die Armee ist gewiss,

auch unter neuen Bedingungen eine ähnliche Leistung erbringen zu können, sollte sie – allen heutigen Hoffnungen zum Trotz – doch wieder einmal nötig sein.

Deshalb möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Schweizer Armee unendlich viel mehr ist als ein Verteidigungsinstrument, sie ist ein integrierender Bestandteil unserer nationalen Eigentümlichkeit, und damit trotz hierarchischer Struktur und den funktionell bedingten Forderungen nach Gehorsam, Disziplin und äusseren Formen, ein Abbild unserer Gesellschaft.

Sorgen Sie mit dafür, dass sich die Identifikation von Armee, Volk und Staat auch in Zukunft stärker erweisen wird als die desintegrierenden Faktoren. So wird sich die seelische Verwurzelung des Wehrgedankens auch durch Verunsicherung des Intellekts nicht aufheben lassen.

Denn: Wenn es uns nicht gelingt, das Vertrauen in der Bevölkerung – **Ihr** Vertrauen – zu erhalten, so sind alle anderen Anstrengungen obsolet. Mit einigen Panzern weniger lässt sich notfalls auch erfolgreich kämpfen, mit weniger Vertrauen und Bereitschaft aber nicht.

Schweizer Sicherheitspolitik im Umfeld internationaler Abrüstungsbestrebungen

Die sicherheitspolitische Situation der Schweiz wird im Zusammenhang mit der neuen Entspannungs- und Abrüstungsphase heute von verschiedenen Lagern ganz verschieden beurteilt.

Einige Optimisten glauben im Zeichen der atmosphärischen Veränderungen zwischen den Supermächten seit den Reagan-Gorbatschow-Gipfeltreffen schon die Morgenröte einer allgemeinen Abrüstung anbrechen zu sehen und sind – in der gemässigten Variante – bereit, die schweizerischen Verteidigungsanstrengungen zu reduzieren, oder aber sie wollen – in der radikalen Variante, und das sind zurzeit immerhin 24% der stimmberechtigten Bevölkerung der Schweiz – die Armee überhaupt abschaffen¹.

Am anderen Ende der Skala finden wir die Pessimisten, die in den Abrüstungs- und Gesprächsvorschlägen, die Gorbatschow seit 1986 förmlich über den Westen niederprasseln lässt, nur die neue und publikumswirksame Verpackung einer alten Politik sehen, die nichts anderes bezweckt, als Westeuropa zu denuklearisieren, damit die «extended deterrence» (ausgedehnte Abschreckung) der USA über Westeuropa zu schwächen und damit letztlich Westeuropa von den USA abzukoppeln und sowjetischem Einfluss zu unterwerfen.

Die tatsächliche Bedeutung des Abrüstungsgeschehens liegt wohl – wie meist in der Wirklichkeit – zwischen den Extremen.

Ich möchte Ihnen heute ein paar Gedankengänge vortragen, die die schweizerische Sicherheitspolitik etwas in ihrer Einbettung in dieses heute vieldiskutierte und sich verändernde internationale Umfeld zeigen und analysieren.

Gehen wir zunächst von der Frage aus, was das Flaggschiff der gegenwärtigen Entspannungsphase – das **INF-Abkommen** – für uns Schweizer und für die schweizerische Sicherheitspolitik bedeutet. Der Inhalt ist bekannt: es sollen innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten sämtliche Nuklearträgersysteme mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 km unter genauer gegenseitiger Inspektion verschrottet werden, und sie sollen durch keine anderen Systeme ersetzt werden dürfen².

¹ Vgl. die Ergebnisse der jüngsten Umfrage des Schweizerischen Beobachters zu diesem Thema, z.B. in NZZ vom 17. Mai 1989, S. 22

² Vgl. den veröffentlichten Vertragstext in: Treaty Between the United States of America and the Union of the Soviet Socialist Republics on the Elimination of their Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles, Together with the Memorandum of Understanding and Two Protocols, Signed at Washington on December 8, 1987, Senate Treaty Document 100-11, Washington D.C., Government Printing Office, 1988, sowie auszugsweise in: NZZ 12./13.12.1987, S. 7; oder Archiv der Gegenwart, 1987, S. 31698-31700

Zunächst ist man geneigt zu sagen, dass dieses Abkommen – das ratifiziert ist und auch implementiert wird – für den neutralen Kleinstaat Schweiz **keine grösseren sicherheitspolitischen Konsequenzen** hat. Diese erste Einschätzung lässt sich damit begründen, dass **erstens** durch diesen Vertrag die Nukleararsenale in Ost und West nur um bescheidene 4% abgebaut werden und damit auf beiden Seiten immer noch genug Nuklearwaffen strategischer Art verbleiben, um dem Prinzip der «mutual assured destruction» weiterhin Nachachtung zu verschaffen. Und **zweitens** bleiben die vom INF-Vertrag **nicht erfassten anderen** Waffensysteme erhalten. Und hier ist der heute und noch auf einige Zeit hinaus gültige Sachverhalt der, dass weiterhin **nirgendwo** auf der Welt derart gewaltige konventionelle Waffenpotentiale existieren wie in Europa, und dass diese uns umgebende konventionelle Hochrüstung für unser Land weiterhin ein nicht weniger grosses Gefahrenpotential darstellt als das nukleare.

Worin besteht der erhoffte Gewinn an Sicherheit durch das INF-Abkommen?

Bemerkenswert am INF-Vertrag – am ersten und einzigen bisher realisierten Abrüstungsabkommen –, ist die Tatsache, dass hier zum ersten Mal in der Geschichte eine ganze Kategorie von Kernwaffen eliminiert wird und dass Verifikationsbestimmungen tatsächlich zur Anwendung gelangen, die weit über alles bisher Bekannte und Versuchte hinausgehen. Im Hinblick auf die Einleitung eines Prozesses, der Schritt für Schritt zu einem Gleichgewicht aller militärischen Kräfte auf möglichst niedriger Stufe und zu reinen Verteidigungskonfigurationen hinführen soll, ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Was sich mit und seit dem INF-Abkommen abspielt, könnte – in einem optimistischen Szenario – die Einleitung eines Entspannungsprozesses darstellen, in dessen Verlauf über **asymmetrische Bestandesreduktionen** bei den verschiedenen Waffensystemen allmählich eine **strategische Parität** zwischen Ost und West erreicht wird, und zwar Parität auf einem Niveau, welches noch Stabilität verspricht. Jede vernünftige Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik ist auf dieses Fernziel hin angelegt. Um es zu erreichen, muss aber mindestens zwischenzeitlich eine Phase erhöhter Instabilität in Kauf genommen werden. Ein Mehr an Instabilität deshalb, weil die gegenwärtige Entspannungs- und Abrüstungsphase in den Beziehungen der beiden Supermächte wie alle solchen Prozesse dem grundlegenden Widerspruch unterliegt, dass eine Abrüstung zwar das Schadenausmass eines kommenden Krieges verringert, gleichzeitig aber auch die Unsicherheit erhöht, weil die Abschreckung nicht mehr im gleichen Masse gewährleistet ist.

Verschiedene Militärexperten haben darauf hingewiesen, dass die Ausmerzung der nuklearen Mittelstreckenraketen die feste Verzahnung der konventionellen mit der strategischen Ebene im Rahmen der NATO-Strategie der Flexiblen Erwiderng schwäche³ und damit die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes

³ z.B. Pierre Lellouche vom Französischen Institut für Internationale Beziehungen in einem NEWSWEEK-Artikel: «Von nun an wird Europa nie mehr imstande sein, sich auf weitreichende amerikanische Raketen auf seinem Boden zu verlassen, um überlegene sowjetische Kräfte, nukleare und konventionelle, abzuschrecken. Und von der Zeit hängt es ab, ob der in Reykjavik begonnene Prozess zu einer nicht zu kontrollierenden Dynamik führt, die einen Krieg in dieser Region wieder zu einer möglichen Option werden lässt». Zit. nach FAZ 17.12.1987, S. 2

noch stärker als bisher ins Gewicht falle⁴. Der Abschluss des INF-Abkommens **vor** einem konventionellen Abrüstungsabkommen wurde deshalb von westeuropäischen Strategen mit Skepsis betrachtet. Entsprechend dringlich wurde der Wunsch nach konventioneller Abrüstung – noch **vor** einem START-Abkommen – erhoben.

Im Bereich der konventionellen Waffen ist es aber offensichtlich noch schwieriger als im Nuklearbereich, zu wirklich qualitativ bedeutungsvollen Abrüstungsschritten zu kommen.

Von Anfang an waren sich die Experten einig, dass die völlige Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen, d. h. einer ganzen Klasse von Nuklearwaffen (bzw. ihrer Transportsysteme), technisch am leichtesten zu bewerkstelligen, weil am leichtesten zu überwachen sei. (Wie «relativ» dieser Begriff «leicht» zu verstehen ist, weiss allerdings jeder, der das dicke Buch des INF-Vertragstextes einmal in die Hand genommen hat.)

Um eine bedeutende Stufe schwieriger haben sich bisher die START-Verhandlungen gestaltet, die am 14. März 1985 in Genf begannen⁵ und bei denen es im wesentlichen um die Halbierung der strategischen Nuklearsysteme geht. Beide Seiten möchten durch START an Sicherheit gewinnen, und nicht verlieren. Wie aber sind minutiöse Inspektionen jener Anlagen und nuklearen Unterseeboote, die bisher immer als hochgeheime Bollwerke der nuklearen Vergeltung betrachtet wurden, mit der Erhaltung ihrer Sicherheitsfunktion bzw. der Sicherstellung der Vergeltungsfähigkeit, auf der ja die ganze Abschreckung beruht, zu vereinbaren? Es ist ohne weiteres klar, dass eine solche grundlegende Veränderung des strategischen Denkens – weg von der Konfrontation und hin zur Kooperation – ein ganz grundlegendes Umdenken erforderte, was wiederum nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens möglich wäre. Solches Vertrauen ist aber nach Jahrzehnten der Gegnerschaft nicht so ohne weiteres herzustellen. Eine ganze Skala von Problemen muss gleichzeitig angegangen werden, von rein militärtechnischen über strategische zu politischen, kulturellen und wirtschaftlichen. Ein solcher Prozess ist möglich, aber er braucht viel Zeit, und die Hoffnungen der Menschen, die von einer solchen Veränderung allenfalls profitieren würden, rennen den tatsächlichen Entwicklungen immer weit voraus. So auch im heutigen Abrüstungsprozess.

Noch komplexer als die Fragen der nuklearen Abrüstung sind die technischen, politischen und psychologischen Probleme, die im Zusammenhang mit der **Abrüstung im konventionellen Bereich** zu bewältigen sind. Von 1973 bis zum 2. Februar 1989 verhandelten die Vertreter von NATO und Warschauer Pakt im Rahmen der sog. MBFR-Gespräche in Wien vergeblich über «Gegenseitige und ausgewogene Truppenreduktionen» in Europa⁶. Nach Gorbatschows umfassenden Abrüstungsvorschlägen («vom Atlantik bis zum Ural») vom 18. April 1986 begannen am 17. Februar

⁴ Werner Kaltefleiter, Welche Strategie für die NATO? Warten auf den deus ex machina! in: Europäische Wehrkunde 8/1987, S. 431–438

⁵ The Arms Control Reporter 1988, S. 611. A.2

⁶ Dabei wurde «Europa» umschrieben als das Gebiet der sieben Staaten BRD, Belgien, Niederlande, Luxemburg, DDR, Polen und Tschechoslowakei; vgl. The Arms Control Reporter 1988, S. 401.A.1; 1989 401. B.205

1987 die Wiener Verhandlungen der «Gruppe der 23»⁷ um ein Mandat für umfassende konventionelle Abrüstungsverhandlungen⁸. Nach zwei Jahren – am 14. Januar 1989 – konnten diese Vorverhandlungen abgeschlossen werden⁹. Die eigentlichen Verhandlungen begannen am 6. März 1989 in Wien unter dem Titel «Negotiations on conventional armed forces in Europe/Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa», abgekürzt CFE¹⁰. Dass überhaupt ein Verhandlungsmandat formuliert werden konnte, ist – nach 46 vergeblichen MBFR-Verhandlungsrunden – bereits eine grosse Leistung. Dennoch ist das kein Grund zu verfrühter Euphorie, wenn man die noch bevorstehenden Schwierigkeiten bedenkt: Zwei Jahre waren nötig, um nur schon einen allgemeinen Rahmen für Verhandlungen abzustecken. Die **Ausfüllung dieses Rahmens** mit konkreten Bereichsangaben, Mannschaftszahlen, Waffentypen, Reduktions- und Verifikationsabsprachen mit Myriaden von technischen Details wird auch im günstigsten Fall mit Sicherheit mehrere Jahre in Anspruch nehmen¹¹. Wohin diese Verhandlungen führen werden, ist zur Zeit nicht abzusehen, trotz den Absichtserklärungen Gorbatschows vom 7. Dezember 1988 und vom 7. Januar 1989, er werde bis 1991 einseitig 6 Panzerdivisionen aus Osteuropa abziehen und auflösen, 500 000 Mann demobilisieren und das Verteidigungsbudget reduzieren¹² und trotz seinen jüngsten Ankündigungen vom 11. Mai 1989 gegenüber dem amerikanischen Aussenminister Baker, die Sowjetunion akzeptiere gleiche Obergrenzen für Truppenbestände, Panzer, Artillerie und Kampfflugzeuge in NATO und Warschauer Pakt¹³. Diese weltweit mit Beifall quittierten Absichtserklärungen stehen nämlich in markantem Kontrast zur Tatsache, dass die Sowjetunion seit der Reduktionsankündigung vom 7. Dezember 1988 die Produktion modernster Panzer auf einen neuen Höchststand gesteigert hat. Worte und Taten scheinen also stark auseinanderzuklaffen.

Nun sind wir nach gut schweizerischer Tradition gewohnt, unser Handeln mehr von den Taten und Realitäten – in diesem Fall: von den effektiv vorhandenen Kampfpotentialen – abzuleiten als von den Versprechungen. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass mit Gorbatschow und seinen Abrüstungsvorschlägen starre Positionen in Bewegung geraten sind, wie man es noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte. In dieser Situation liegen **Chancen und Risiken** eng beieinander,

⁷ gemeint: die 23 Mitglieder von NATO und Warschauer Pakt

⁸ Gorbatschow-Vorschlag vom 18. April 1986, vgl. Arms Control Reporter 1988, S.407.A.1

⁹ Arms Control Reporter 1989, S.407.B.118

¹⁰ Arms Control Reporter 1989, S.407.B.133ff.

¹¹ NZZ 6.1.1989, S.3

¹² Vgl. Die Rede Michail Gorbatschows vor der UNO-Vollversammlung, 7. Dezember 1988, in: Nachrichten aus der Sowjetunion, Bulletin, herausgegeben von der Botschaft der Sowjetunion Nr. 3224, Bern 1988, S.14/15

¹³ Gemäss NZZ vom 13.5.1989 schlug Gorbatschow folgende Abrüstungsschritte vor: unilateraler Abzug von 500 Nuklearsprengköpfen für Kurzstreckenwaffen aus dem Gebiet der Warschauer Paktstaaten auf das Gebiet der Sowjetunion, sowie: Reduktion der Truppenbestände von NATO und Warschauer Pakt auf je 1 350 000 Mann bis 1996/97 und im gleichen Zeitraum Reduktion der existierenden Bewaffnung auf gemeinsame Obergrenzen, nämlich je 1500 Kampfflugzeuge, 1700 Kampfhelikopter, 20 000 Panzer, 24 000 Geschütze verschiedener Typen und 28 000 Schützenpanzer und Truppentransportflugzeuge. Dabei müsste die NATO nach sowjetischer Auffassung 2500 Flugzeuge mehr abziehen als der Warschauer Pakt, im Osten dagegen müssten mehr Panzer (40 000), Geschütze (46 000) und Schützenpanzer (42 000) abgebaut werden.

eng genug aus der Sicht des Kleinstaates Schweiz, um besonders sorgfältig darauf zu achten, dass wir weder etwas überhasten, noch etwas verschlafen.

Selbst bei einer optimistischen Betrachtungsweise ist es kein unproblematisches Spannungsfeld, in welchem wir uns bewegen und innerhalb welchem wir unsere Aussensicherheitspolitik zu formulieren und umzusetzen haben. So gilt es einerseits – und dies ist vielleicht die grösste Herausforderung für unsere Regierung und uns als Bürger – der breiteren Bevölkerung einsichtig zu machen, dass wir zur Zeit bei den eigenen Verteidigungsanstrengungen in der Qualität – und ich denke da besonders an unsere Luftraumverteidigung – nicht zurückstecken dürfen –, selbst wenn sich die Welt um uns herum noch so abrüstungseuphorisch gibt. – Andererseits müssen wir aber auch der Staatengemeinschaft gegenüber weiterhin unsere Bereitschaft signalisieren, im angelaufenen Abrüstungsprozess nach besten Kräften mitzutun zu wollen¹⁴. Das war bislang, als sich die Verhandlungen fast ausschliesslich auf den Bereich der uns als atomare Habenichtse nicht betreffenden Nuklearwaffen beschränkte, recht einfach. Jetzt aber, wenn es um den Abbau konventioneller Waffensysteme geht, wo auch wir einiges vorzuweisen haben, wird die Bewahrung unserer Selbstverteidigungstradition schwieriger, und zwar nach innen und nach aussen. Man erwartet auch von der Schweiz mehr. Es schadete deshalb nichts, dass Staatssekretär Jacobi am 16. Mai 1989 vor den Wiener Abrüstungsforen der 35 KSZE-Mitgliedstaaten die von Bundesrat Villiger am letzten Donnerstag (25. Mai 1989) dann offiziell vorgestellten Strukturanpassungen der Schweizer Armee im internationalen Zusammenhang vorankündigte, auch wenn es dabei in keiner Weise um eine Abrüstungs-«Vorleistung» unserer ohnehin auf Defensive eingestellten Armee geht¹⁵.

Gerade im Vorfeld der Armee-Abschaffungs-Initiative ist es wichtig, zu erkennen, dass die Alternative «Landesverteidigung **oder** Friedenspolitik» unsinnig ist; längst praktizieren wir als sicherheitspolitische Realisten **beides gleichzeitig**¹⁶. Mit Recht wird zwar immer wieder gesagt, dass die **präventive Komponente unserer Sicherheitspolitik**, eben die Friedenspolitik, noch zu wenig entwickelt sei. Und der Bundesrat hat vor einem knappen Jahr auch beschlossen, seine Aktivitäten in diesem Bereich ganz bewusst auszubauen¹⁷. Aber es wäre falsch, wegen dieses Ausbaus nun das wichtigste Instrument der defensiven Komponente unserer Sicherheitspolitik, die Armee, zu vernachlässigen. **Die Armee ist und bleibt die einzige Organisationsform, in der wir die Kräfte unserer Nation zu raschem, koordiniertem Handeln zusammenfassen und mobilisieren können.** (Und das eben nicht nur für den Extremfall eines grossen europäischen Krieges.)

¹⁴ In dieser Richtung wird wohl die von Staatssekretär Jacobi anlässlich des zweiten Informationstreffens der Abrüstungsforen von CFE und KSZE am 16.5.1989 in Wien gemachte Ankündigung zu verstehen sein, die Schweiz kläre «Möglichkeiten zur Redimensionierung der Armeebestände und der Anzahl grösserer militärischer Aktivitäten» ab, NZZ vom 17.5.1989, S.2

¹⁵ Vgl. den Bericht der NZZ über die Jahrespressekonferenz des EMD vom 25. Mai 1989, in: NZZ vom 26. Mai 1989, S. 21: «Armee 95» – mehr Muskeln und weniger Fett; Kleinere Armee mit jüngeren Beständen

¹⁶ Vgl. dazu meinen Artikel Friedenspolitik statt Landesverteidigung? in: ASMZ 2/1989, S. 63–66

¹⁷ Vgl. Bericht über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz (Postulate 84.348 von Ständerat F. Muheim vom 8. März 1984 und 88.384 von Nationalrat M. Pini vom 16. März 1988) vom 29. Juni 1988, in: Bundesblatt vom 14. März 1989, Bd. 1, Nr. 10, S.668–697

Trotz Abrüstungsverhandlungen ist der grundlegende ideologische – oder sagen wir besser: der philosophische – Gegensatz zwischen zwei verschiedenen Menschen-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen nicht überwunden, sondern lediglich in andere Bereiche verlagert. Und neben dem Abrüstungs-Szenario gibt es auch verschiedene andere sicherheitspolitische Szenarien, die weniger optimistisch sind. Denkbar in dieser Beziehung wäre z.B. eine Intensivierung des «verdeckten» Rüstungswettlaufes bei den B- und C-Waffen oder – vielleicht wahrscheinlicher noch – im Bereich der gentechnologischen Waffenentwicklungen und der Militarisierung des Weltraums. Die UdSSR hat bekanntlich mehrmals zu erkennen gegeben, ihre Antwort auf das amerikanische SDI-Programm könnte letztlich darin liegen, die Entwicklung jener Waffensysteme voranzutreiben, welche sich gentechnologische Errungenschaften zunutze machen¹⁸.

Eine zusätzliche Möglichkeit ist die, dass man zwischenstaatliche Konflikte in Zukunft vermehrt indirekt, d.h. mit anderen als militärischen Mitteln austrägt. Diese Hypothese beruht auf der Überlegung, dass die Vorteile, die sich die «siegreiche» Partei in einem modernen Krieg versprechen kann, zu gering, die Schadenfolgen für alle Beteiligten und vor allem auch die Risiken einer nuklearen Eskalation zu gross sind, als dass es ein Staat noch wagen könnte, zum Mittel massiver militärischer Gewaltanwendung zu greifen. Internationale Konflikte dürften demzufolge tendenziell und solange Abschreckungs- und Verteidigungspotentiale in stabiler Konfiguration vorhanden sind, eher auf indirekte Art und Weise zur Austragung gelangen, z.B. durch Sabotage, Subversion, Terrorismus und – vor allem – durch wirtschaftliche und politische Druckausübung. Durch konzentrierten Einsatz dieser Mittel könnte auch die Schweiz ohne den Einsatz eines einzigen Panzerregimentes zu nicht unbeträchtlichen Konzessionen gezwungen werden.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, in welcher hohem Masse wir durch die fortschreitende **Internationalisierung der Wirtschaft** vom Lauf der Weltwirtschaft abhängig geworden sind, und vor welche Herausforderungen wir im Zusammenhang mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes 1992 gestellt sind. Vollkommen unabhängig davon, ob der EG-Binnenmarkt früher oder später, mit oder ohne die Schweiz, zustandekommen wird, Tatsache ist, dass wir heute bereits hochgradig in der Weltwirtschaft verflochten und damit noch verletzlicher geworden sind, als es ein Kleinstaat in Binnenlage ohnehin ist. Oder anders gesagt: Während wir militärisch den Eintritts- und Aufenthaltspreis für einen sich in erkennbar feindlicher Absicht nähernden Gegner hochgeschraubt haben, haben wir den Zugriff auf unser Land durch unser wirtschaftliches Verhalten gleichzeitig leichter gemacht. Die extreme Auslandabhängigkeit schafft Risikopotentiale, die u.U. unsere sicherheitspolitischen Ziele gefährden, ohne dass notwendigerweise ein Staat oder ein anderer weltpolitischer Akteur uns in feindlicher Absicht böse will.

Die diagnostizierte Verletzlichkeit des modernen Industriestaates Schweiz beschränkt sich selbstredend nicht nur auf die Wirtschaft. Analoges zu sagen gäbe es auch im **gesellschaftlich-ideellen Bereich**. Im Innern unserer Gesellschaft sind – als Folge säkularer Entwicklungstrends – Werte tangiert, welche für unsere nationalstaatliche Existenz unverzichtbar sind. Ich denke da z.B. an die Wehrtradition, die

¹⁸ Vgl. Douglas J. Feith, Biological Weapons and the Limits of Arms Control, in: The National Interest, Winter 1986/87, S.80–84

zwar immer noch sehr solide in unserem grossmehrheitlich realistisch denkenden Volke verankert ist, die aber auch das Schicksal aller Dienstleistungen für die Gemeinschaft teilt: man hält sie mehrheitlich für durchaus notwendig, ist aber nicht mehr selbstverständlich bereit, sich auch persönlich dafür einzusetzen¹⁹. Diese internationalen Tendenzen, die in allen modernen Gesellschaften zu beobachten sind, haben mit einem säkularen Wertwandel zu tun, wie er sich dank der Durchlässigkeit staatlicher Grenzen für moderne Massenkommunikationsmittel international verbreitet und verstärkt.

Fragen gewichtiger Art stellen sich auch in bezug auf die **Weiterentwicklung des internationalen politischen Systems**. Die Zeit der absoluten Vorherrschaft der zwei Supermächte USA und UdSSR nähert sich ihrem Ende, wobei klar erkennbar ist, dass sich die UdSSR in der tiefsten Wirtschafts- und Strukturkrise ihrer Geschichte befindet und mit den Perestroika-Reformen darum ringt, wenigstens den Status einer führenden Grossmacht ins 21. Jahrhundert hinüberretten zu können. Von daher besteht für die Sowjetunion ein massiver innerer Druck, Investitionsmittel vom Verteidigungs- auf den Konsumsektor umzulagern, was nur durch massive Kürzungen des Verteidigungsbudgets möglich sein wird. Weitere unilaterale Abrüstungsmassnahmen und Vorschläge sollten uns also nicht überraschen. – Wenn im weiteren Indien, die Volksrepublik China und Japan sich zu neuen Zentren militärischer Macht entwickeln und auch die Staaten Westeuropas sich in wirtschaftlicher und vielleicht auch in politischer und militärischer Hinsicht enger zusammenschliessen sollten, dann wird dies bedeutungsvolle Auswirkungen haben auf die **Machtverteilung im globalen Staatensystem**. Die Vorstellung von der Herausbildung eines **multipolaren** Machtsystems mit gewaltigen demographischen und ökonomischen Ungleichheiten, mit entsprechenden Instabilitäten und Tendenzen zu demographischen Verlagerungen und mit einer neuen Kategorie von «ökologischen Flüchtlingen» im Gefolge einer möglichen Klimaerwärmung (d.h. des «Treibhauseffektes») muss auf jeden Fall auch uns zu langfristigen Überlegungen veranlassen, zumal man davon auszugehen hat, dass bis zur Jahrhundertwende etwa 40 Staaten im Besitz von Kernwaffen sein werden.

Ich habe nun eine Reihe eher bedenklicher Faktoren aufgezählt, die den gegenwärtigen Abrüstungsprozess in seiner Bedeutung relativieren. Ich möchte nun doch auch noch erwägen, welche positiven Entwicklungsmöglichkeiten in den gegenwärtigen Veränderungen unseres weiteren Umfeldes angelegt sein könnten.

Eine gemässigt optimistische Betrachtungsweise des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses ergibt, dass die Massnahmen und Fortschritte der letzten Zeit doch längerfristig wichtig werden könnten, sofern man ihre Bedeutung nicht nur daran misst, um wieviel Prozent die Nukleararsenale in Ost und West nun abgebaut werden, sondern sie als **Etappe in einem historischen Prozess der Entspannung und der Akzentverschiebung vom Militärischen auf die zivilen Bereiche** versteht und vor dem Hintergrund der Entwicklung anderer wichtiger sicherheitspolitischer Parameter interpretiert.

¹⁹ Zur neuesten Umfrage vgl. NZZ vom 17.5.1989, S.22; im weiteren Alois Riklin und Christoph Frei, Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizer, in: ASMZ 9/1987, S.543–548; Karl W. Haltiner, Landesverteidigung – zweitrangig gewordene Staatsaufgabe? in: ASMZ 1/1989, S.6–12; grundlegend die Untersuchung von Karl W. Haltiner, Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Frauenfeld, Verlag Huber, 1985

Vielleicht markieren die gegenwärtig so intensiven Anstrengungen zur nuklearen und konventionellen Rüstungsbeschränkung und Abrüstung, zur internationalen Ächtung chemischer Waffen, zur Beilegung langandauernder internationaler Konflikte in Afghanistan, im Golf, im Verhältnis USA-Sowjetunion, China-Sowjetunion, Vietnam-Kambodscha, Indien-Pakistan oder im Verhältnis Südafrika-Namibia-Angola-Kuba usw. tatsächlich eine **Wende** zu einer Ära gemeinsamer Bemühungen um Sicherheit bzw. zu einer neuen Ausrichtung bisher gegnerischer Staaten auf die gemeinsamen Interessen des Überlebens von immer mehr Menschen auf diesem fragilen «Raumschiff Erde». Vielleicht wird im europäischen Umfeld mit der Zeit ein Konzept «gemeinsamer Sicherheit» denk- und realisierbar. Das alles sind indessen vorläufig nur Hoffnungen, gegründet auf einer neuen Einsicht unter den Entscheidungsträgern der Welt in das **«Prinzip Verantwortung»**, von dem der Philosoph Hans Jonas sagt, dass es unserer Generation in völlig neuer Weise aufgetragen sei, da wir durch die Reichweite unseres Handelns in die Zukunft hinein nicht nur für uns selber, sondern auch für alle, die nach uns kommen, in viel direkterer Weise als alle Generationen vor uns die Verantwortung für das Weiterleben zu tragen haben²⁰. Sicherheitspolitik sollte also heute neu, weiter in die Zukunft reichend, als **erklärte Politik der Existenzsicherung** im umfassendsten Sinne verstanden werden.

Was aber heisst das für unser Land? Wir müssen den vielfältig sich anzeigenden Wandel des Umfeldes zum Anlass nehmen, die sicherheitspolitische Lage der Schweiz mit Hilfe der besten professionellen Analyseverfahren à fonds und vorurteilsfrei zu überdenken, und zwar sowohl im Hinblick auf die ganz grossen, wie auch auf die unmittelbar vor uns liegenden alltäglichen Aufgaben. Wenn wir das tun, dann werden wir unschwer erkennen, dass einzelstaatliche Sicherheit heute **tendenziell** weniger durch Abwehr- und Verteidigungsanstrengungen und mehr durch **präventive** Massnahmen der Friedenssicherung, der Krisen- und Katastrophenvorbeugung erzielt werden muss. Aber an dieser Stelle gilt es realistisch zu sein. Wir befinden uns noch keineswegs in einem neuen Wunsch-Zeitalter der «gemeinsamen Sicherheit». Dieses Konzept ist noch immer eine Utopie. Wir befinden uns bestenfalls – bestenfalls! – in einer Zeit des allmählichen Übergangs. Und Übergänge sind – wie oben dargelegt – immer auch durch Instabilität gekennzeichnet. **Was nottut, ist eine weitsichtige Strategie der Existenzsicherung in die Zukunft hinein, die sowohl dem Neuen gegenüber offen ist, wie auch die überlieferten Instrumente der Existenzsicherung pflegt, weiterentwickelt und jederzeit einsatzfähig bereithält.**

Es wäre heute besonders verfehlt, auf der Basis von Utopien zu handeln. Wir brauchen unsere Vernunft und unseren Realismus schon darum besonders dringend, weil wir uns – im Sinne der grossen Reichweite unseres Handelns – keine Irrtümer, ja nicht einmal fehlgeschlagene Versuche leisten können.

Wir leben in einer politisch und wirtschaftlich in hohem Masse interdependenten Welt, wo das Fristen einer Nischenexistenz auch für die Schweiz immer schwieriger wird. Die Gestaltungsräume nationaler Politik schrumpfen. Gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern der Staatengemeinschaft sind wir deshalb aufgerufen, die drängenden Probleme der Gegenwart durch eine aktivere Politik der Früherkennung und der

²⁰ Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung, Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a/M., Insel Verlag 1979

Krisenprävention anzugehen. Gleichzeitig müssen wir auch, da wir ja nicht wissen können, ob diese Anstrengungen zum Ziel einer friedlicheren Welt führen werden, jene Vorkehrungen treffen, die uns im Krisen-, Kriegs- oder Katastrophenfall ein Maximum an eigenem Entscheidungsfreiraum bewahren und zugleich Schaden lindern helfen. Oder anders gesagt: Es gilt, einerseits das unmöglich Scheinende zu versuchen und sich andererseits gegen das jederzeit Mögliche zu wappnen.

In dieser Beziehung befindet sich die schweizerische Sicherheitspolitik auf dem richtigen Weg und wir können ihn mit gutem Vertrauen weitergehen. Denn unsere in der Konzeption von 1973 verankerte **Zweikomponentenstrategie** zielt bekanntlich darauf ab, **einerseits** mit den Mitteln der Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik, der Diplomatie, aber auch einer eigenen Konfliktforschung, internationale Spannungspotentiale abzubauen, und **andererseits** vor allem mit Hilfe von Armee, Zivilschutz und wirtschaftlicher Landesversorgung die Voraussetzungen zur Wahrung der Eigenstaatlichkeit in ausserordentlichen Lagen zu erhalten. In der Sache liegen wir bestimmt richtig, auch wenn die ausgreifende, nach aussen aktive Komponente der schweizerischen Sicherheitspolitik im Vergleich zur defensiven noch zu wenig entwickelt ist und auch **unsere Instrumente der Wahrnehmung und professionellen Analyse der Veränderungsvorgänge in der modernen Welt noch stark ausgebaut werden müssen**²¹.

Ich möchte zum Abschluss dieser skizzenhaften Gedankengänge feststellen, dass wir zur Zeit in einer Phase mit bedeutungsvollen Veränderungen unseres wirtschaftlichen, demographischen, politischen und militärischen Umfeldes leben, unter denen die Prozesse der Abrüstung als besonders sichtbare herausragen. Sofern eine minimale nukleare Abschreckungsfähigkeit beibehalten wird – und daran ist nicht zu zweifeln – und die konventionellen Bewaffnungen der europäischen Staaten quasi nach Schweizer Vorbild auf die Verteidigungsfähigkeit reduziert werden²², ist nicht auszuschliessen, dass sich einst im nächsten Jahrhundert tatsächlich eine Verlagerung der Hauptaufmerksamkeit von machtpolitischen Fragen auf Fragen des gemeinsamen Überlebens in einer überbevölkerten und übernutzten Welt vollziehen könnte.

Gleichzeitig ist aber offensichtlich, dass sich unter mehr Menschen, mehr Nationen, mehr Konsumenten und mehr Produzenten eine **Verschärfung des globalen Wettbewerbs** um knappe Ressourcen und um bewohnbaren Lebensraum ankündigt, für den sich das alte Europa zunächst einmal wirtschaftlich durch Reorganisation vorzubereiten versucht. Aber auch die anderen Kontinente und die neu aufsteigenden Mächte rüsten sich für diese neue Phase des globalen Wettbewerbes. Ob, in welcher Form und wann dieser Konkurrenzkampf vom Wirtschaftlichen ins Machtpolitische überschwappen wird, ist zur Zeit noch völlig ungewiss.

²¹ Die Konzeption der schweizerischen Sicherheitspolitik von 1973 fordert in Ziffer 66 eindeutig: «Die Entwicklung der Bedrohung und die Möglichkeit neuartiger Bedrohungen müssen laufend beurteilt werden». Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (vom 27.6.1973) Ziff. 66, S.34

²² Der bekannte norwegische Friedensforscher Johan Galtung hat die Schweizer Armee in der existierenden defensiven Konfiguration als «eine Friedensarmee par excellence» bezeichnet, vgl. Erich A. Kägi, Wie hoch ist der Eintrittspreis? Schweizer Landesverteidigung heute und morgen, Zürich 1985, S. 20

Auch die Schweiz ist in diesem Zusammenhang vor ernste Fragen gestellt. **Kurzfristig** (in Sicht auf 1992) ist es die Frage: wie kann sie das Problem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der EG, ihren wichtigsten Handelspartnern, lösen, ohne ihre Selbstbestimmung in wichtigen Punkten zu verlieren? (Staatssekretär Blankart hat vor Jahresfrist an dieser Stelle auf den richtigen Weg der Erhaltung der «Europafähigkeit in Unabhängigkeit» aufmerksam gemacht²³.) – Und **mittelfristig** – d.h. bis etwa zum ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts – müssen wir die Frage lösen, wie wir die politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit einem sich konsolidierenden europäischen Umfeld gestalten wollen und gestalten können, ohne die Grundpfeiler unserer Tradition, unserer nationalen Identität und unserer Sicherheit zu gefährden.

Bisher war und ist die Schweiz sowohl als Staat mit solid verwurzelter Demokratie, als Staat mit einer tragfähigen und sicheren Wirtschaftsbasis und als Staat mit einer glaubwürdigen Verteidigungspolitik und Verteidigungsfähigkeit ein **Faktor der europäischen Stabilität**²⁴.

Mit diesem Erbe müssen wir in diesen Zeiten möglichen Wandels in zweierlei Hinsicht sorgfältig umgehen:

Erstens müssen wir die überlieferten Instrumente des Vertrauens und der Stabilität – d.h. die direkte Demokratie, den Föderalismus, die bewaffnete Neutralität, die staatsbürgerliche Gesinnung, die wirtschaftliche Tüchtigkeit und Vertrauenswürdigkeit und die soziale Solidarität mit den Schwachen – bewahren, pflegen und entwickeln.

Zweitens müssen wir aber auch wachsamer als bisher in die Zukunft sehen, uns nicht von unserem Wohlstand und einer langen Zeit selbstverständlich scheinenden Friedens in Lethargie versetzen lassen, sondern die Zeichen der Zeit und des immer schnelleren Wandels wahrnehmen, erkennen, analysieren und die für uns richtigen Konsequenzen daraus ziehen. (Die wissenschaftliche Analyse der Risiken und Bedrohungen unserer Zeit ist noch stark unterentwickelt. Wir müssen hier noch viel Aufholarbeit leisten im Vergleich zum Ausland. Das Parlament sollte diesem national wichtigen Bereich der Forschungsförderung seine besondere Aufmerksamkeit schenken.)

Nur durch diese realistische und zugleich massvolle **Doppelstrategie** – und nicht durch utopische Träume – können wir als Nation überleben und auch unseren Beitrag weiterhin leisten an die Stabilität Europas und die Bewohnbarkeit der Welt.

²³ Franz Blankart, Der EG-Binnenmarkt und die Schweiz als Nicht-Mitglied, Vortragspublikation der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bern 1988; sowie Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess, vom 24. August 1988, in: Bundesblatt vom 20. September 1988, Bd. III, Nr. 37

²⁴ Vgl. Kurt R. Spillmann, Die neutralen und nichtgebundenen Staaten als Faktoren der europäischen Sicherheit, in: Die neutralen und nichtgebundenen Staaten Europas: Sicherheitspolitik, Verteidigungspotential, Rüstungskapazität; Beiheft zur ASMZ 11/1988, S. 5–9